

Januar
2013

Gemeinde Nachrichten

Jesteburg – Bendestorf – Harmstorf – Itzenbüttel – Lüllau – Osterberg – Thelstorf – Wiedenhof

Niedersachsen wählt!

Am 20. Januar 2013 entscheiden Sie über den zukünftigen Ministerpräsidenten Niedersachsens und ob **Udo Heitmann** unsere Interessen in Hannover wahrnehmen kann.

Udo Heitmann unser zukünftiger Landtagsabgeordneter



„Bürgernah, pragmatisch und sachorientiert.“
So arbeiten sie seit vielen Jahren. Und so möchten **Stephan Weil** als Ministerpräsident und **Udo Heitmann** als Landtagsabgeordneter für Niedersachsen arbeiten und für eine gute Zukunft unseres Landes sorgen.
„Mit Herzblut und Tatkraft gemeinsam mit vielen Menschen, die anpacken und mithelfen.“

Stephan Weil unser zukünftiger Ministerpräsident



So sind die beiden immer dicht bei den Menschen.



Wenn der Weg ins Wahllokal Ihnen Probleme bereitet, nutzen Sie den Briefwahlservice der Verwaltung

Am 20. Januar Udo Heitmann mit der Erststimme in den Landtag wählen und die Zweitstimme für die SPD.

Interview mit Udo Heitmann, dem SPD-Landtagskandidaten

Für die Samtgemeinden Hollenstedt, Jesteburg, Tostedt und die Stadt Buchholz

GN: Herr Heitmann, welche Themenschwerpunkte haben Sie sich für die Landespolitik vorgenommen?

Udo Heitmann: Aufgrund meiner kommunalpolitischen Erfahrungen stehen neben der Wirtschaftspolitik, die Bildungs- sowie die Jugend- und Familienpolitik ganz oben auf der Agenda. Eine große Herausforderung ist außerdem die demografische Entwicklung. Ein weiteres wichtiges Feld ist die Energiepolitik, denn der Atomausstieg darf nicht scheitern, aber die zukünftige Energie muss bezahlbar bleiben, sonst ist die soziale Gerechtigkeit in unserem Lande in großer Gefahr.

GN: Das ist ein großes Paket, das von der gesamten zukünftigen SPD-Landtagsfraktion bewältigt werden muss. Aber was wird Ihre erste persönliche Forderung im Landtag sein?

Udo Heitmann: Als erstes werde ich die gesetzlichen Hürden für Integrierte Gesamtschulen tiefer legen. Alle Oberschulen, die das dann wollen, müssen zu (dreizügigen) Integrierten Gesamtschulen werden können. Heute verlassen 20% der Jugendlichen ohne einen Abschluss die Schule und haben damit auf dem Arbeitsmarkt immer die schlechtesten Chancen. Aus meinen Gesprächen mit Unternehmern weiß ich, dass die geringe Qualifikation vieler Auszubildender ein immer größeres Problem für die Betriebe darstellt. Wenn wir jetzt nicht in Kinder, Bildung, mehr Betreuungsplätze und bessere Bildungsangebote investieren, haben wir später höhere gesellschaftliche Folgekosten, die die finanziellen Spielräume in den öffentlichen Haushalten weiter engen werden.

GN: Herr Heitmann, auch Sie sprechen bei der demografischen Entwicklung von einer großen Herausforderung.

Udo Heitmann: Ich will versuchen, dieses vielfältige Thema mit einigen Sätzen deutlich zu machen. Weniger Nachwuchs dafür aber mehr Gealterte. Weniger Berufstätige müssen mehr Ruhegehälter aufbringen.



Udo Heitmann

Wohnorte der Berufstätigen und Wohnorte von Altersversorgten werden weiter auseinander liegen als bisher schon. Wohnungsanzahl und Beschaffenheit müssen neuen Gegebenheiten angepasst werden. Wohnumfelder und die Bedürfnisse der Menschen müssen noch vorsorglicher aufeinander abgestimmt werden. Allein die Gestaltung einer barrierefreien Umwelt in unseren gegenwärtigen Strukturen bringt die Kommunen in finanzielle Spagaten. Unsere, sich demografisch noch ausgewogen darstellende und auf demokratische Werte gebaute Gesellschaft in ihrer Ganzheit durch die vor uns liegende Talsohle der demografischen Entwicklung zu steuern, ist die Herausforderung. Das fordert eigentlich unseren ganzen Einsatz auf allen Gebieten.

GN: Wie wollen Sie diese allgemeinen Forderungen in konkrete Politik umsetzen?

Udo Heitmann: Sowohl die Veränderungen unserer Gesellschaft insgesamt, als auch die sich wandelnden Wohnbedürfnisse älterer Menschen erfordern u.a. folgende Maßnahmen auf kommunaler Ebene:

1. Barrierefreies Bauen als grundsätzliche und verbindliche Festsetzung in Bebauungsplänen unter der

Vorgabe einer barrierefreien Infrastruktur des Wohnumfeldes einschließlich der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen und kulturellen Angeboten.

2. Modernen Wohnformen, wie z. B. Integriertes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenwohngemeinschaften, sollte Vorrang eingeräumt werden, da sie dem Erhalt der Lebensqualität am meisten entsprechen.

3. Im Zusammenwirken von Politik, Fachleuten, Architekten, Wohnungsunternehmen sowie Betroffenen sind effektive Wohnformen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Dabei ist zu beachten, dass Wohnraum bezahlbar bleiben muss.

Für diese Punkte müssen der Bund und das Land Niedersachsen vor allem die Baunutzungsverordnungen anpassen.

GN: Der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD für die Landtagswahl, Stephan Weil, will die Energiewende vorantreiben und Niedersachsen bei den erneuerbaren Energien zum Energieland Nummer eins in Deutschland machen.

Udo Heitmann: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist richtig. Es gilt mehr denn je, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten für Energie intelligent zu vernetzen. Da geht es nicht nur um Standorte für weitere Windkraft- und Biomasseanlagen. Vielmehr müssen Transportwege neu organisiert werden

GN: Herr Heitmann, meine letzte Frage, über die sich viele Bürger Gedanken machen. Bleiben Sie Bürgermeister in Jesteburg, wenn Sie in den Niedersächsischen Landtag gewählt werden?

Udo Heitmann: Bürgermeister von Jesteburg bleibe ich. In Hannover will ich mit meiner Erfahrung unsere lokalen Kräfte stärken.

Udo: Stephan Weil und ich schaffen das.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wer Niedersachsen voranbringen und Hamburg als besondere Metropole erhalten will, der braucht einen starken Landkreis Harburg.

Mit meiner politischen Erfahrung vor Ort - gefestigt durch meine Ehrenämter - werde ich den länderübergreifenden Dialog fördern. Ich sehe viele Chancen für unsere Region: lasst uns in Hannover und Hamburg selbstbewusster auftreten und mehr für unsere lokale Zukunft kämpfen.



Udo Heitmann

Im Landtag gilt meine Kraft der Stärkung von Wirtschaft, Vereinen und bürgerlichem Engagement vor Ort. Die Metropolregion Hamburg soll in unserem Landkreis ihr Zentrum finden. Außerdem sollen die dort lebenden Bürger mehr Gestaltungsspielräume haben.

Für mich heißt das: professionelle Helfer für Ehrenamtliche im Kulturbereich, Elternwahlrechte an den Schulen und ein Ende des Reformwahns.

GUTE GRÜNDE FÜR DIE SPD

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stellen, die Ausbildung verbessern und für mehr Gerechtigkeit am Arbeitsplatz sorgen: dann hat Niedersachsen beste Chancen, ein Standort mit Zukunft zu werden. Deshalb werden wir anpacken.

BILDUNG

Wenn wir mehr Krippenplätze schaffen, vollwertige Ganztagschulen einrichten, die Berufsbildung modernisieren, die Unis für alle öffnen und die Lehrer besser schulen: dann haben wir in Niedersachsen ein Bildungssystem mit Zukunft auf den Weg gebracht. Deshalb werden wir anpacken.

REGIONEN

Wenn wir uns um die Regionen kümmern, auf Augenhöhe über die Zukunft sprechen und für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen: dann haben alle Regionen in Niedersachsen wieder eine Perspektive. Deshalb werden wir anpacken.

GESUNDHEIT

Wenn wir die medizinische Versorgung Niedersachsens durch mehr Hausärzte und leistungsfähigere Kliniken verbessern: dann sind wir auf dem Weg zur »Gesundheit für alle«. Wenn wir uns um gute Pflege kümmern: dann schaffen wir ein menschenwürdiges Leben im Alter.

bei den Landtagswahlen am 20. Januar 2013 entscheiden Sie, welchen Weg unser Land gehen wird. Niedersachsen bietet großartige Chancen. Zusammen mit Ihnen möchte



Stephan Weil
SPD-Landesvorsitzender und
Spitzenkandidat für das Amt
des Ministerpräsidenten

ich dafür sorgen, dass wir diese Chancen besser nutzen. Ich möchte das Land, seine Städte, Dörfer und Regionen fit für die Zukunft machen. Die Herausforderungen liegen klar vor uns: Wir brauchen eine bessere Bildungspolitik, gute Arbeit, bezahlbare Energie und viel mehr Familienfreundlichkeit in Niedersachsen.

Über diese und viele andere Themen haben wir das ganze Jahr 2012 sehr offen mit Vereinen, Verbänden, Organisationen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Als Ergebnis liegt nun unser Regierungsprogramm für 2013-2018 vor, das wir auf unserem Landesparteitag am 10. November 2012 einstimmig beschlossen haben.

Anpacken. Besser machen. Das ist unser Motto für eine neue Politik in Niedersachsen.

- Entscheidend ist es dabei, den demografischen Wandel ohne Verlierer zu gestalten.
- In der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt muss Chancengleichheit für alle hergestellt werden.
- Wirtschaft und Wissenschaft brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Innovationen.
- Die Energiewende muss endlich ernsthaft angepackt werden.
- Für erneuerbare Energien gilt es, sozial verträgliche, stabile Versorgungsstrukturen zu entwickeln.
- Die Umweltpolitik muss im sozialen Gleichgewicht mit Ökologie und Ökonomie ausbalanciert werden.
- Die Inklusion, die vollständige gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen, ist längst überfällig.
- Die Kommunen müssen für die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge leistungs- und handlungsfähig ausgestattet sein, um in fairer Partnerschaft künftige Herausforderungen bewältigen zu können.

Wo sind die Jesteburger Schüler oder was hat Baupolitik mit Schulpolitik zu tun?

Von Siegfried Ziegert

Mit 171 Schülern im ersten Jahrgang hat die Jesteburger Oberschule nach den Sommerferien den Unterrichtsbetrieb aufgenommen. Die große Schülerzahl ist ein toller Erfolg der Jesteburger Schulinitiative, die sich seit mehreren Jahren für die Wiedereinrichtung einer weiterführenden Schule in Jesteburg einsetzt.

Deshalb erstaunt es umso mehr, dass ein Ratsmitglied der Grünen vor kurzem in der offiziellen Sitzung eines Jesteburger Gemeindegremiums den Satz aussprach:

„Wir machen doch keine Baupolitik, um die Schule zu füllen.“

Bei näherer Betrachtung stellt sich nämlich heraus, dass „nur“ 63 von 171 Fünftklässlern der neuen Jesteburger Oberschule aus der Samtgemeinde Jesteburg stammen. Die übrigen 108 Schüler wohnen in Nachbargemeinden und pendeln täglich mit dem Schulbus nach Jesteburg.

Die Begründung für die teilweise Zurückhaltung der Jesteburger, Bendstorfer und Harmstorfer Eltern gegenüber der neuen Oberschule lieferte ein Ratsmitglied der CDU in derselben Sitzung gleich mit, in dem es verkündete, dass seine Partei auch in der Zukunft nur gut verdienende Neubürger in Jesteburg ansiedeln wolle. Gerade diese Eltern melden ihre Kinder nach der vierten Klasse meistens auf einem Gymnasium an, damit sie sicher das Abitur erreichen. Durchschnittlich wechseln 54 % der Jesteburger Grundschüler nach der vierten Klasse zum Gymnasium.

Stadtplaner haben schon lange die Erfahrung gemacht, dass Städte und Gemeinden ihre Kindertagesstätten und Schulen nur dann dauerhaft auslasten können, wenn sie sich als attraktiver Wohnort für Familien aus allen

gesellschaftlichen Schichten präsentieren. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung werden in ländlichen Ge-



meinden wie Jesteburg nicht nur kostengünstige Baugrundstücke, sondern vor allem Mietwohnungen für Familien benötigt, um den Bestand der Kindergärten und Schulen vor Ort zu sichern. In familiengerechte Mietwohnungen ziehen immer wieder neue Familien mit Kindern ein, während Neubaugebiete mit Einfamilienhäusern nur rund 10 Jahre zur Auslastung von Kindergärten und Schulen beitragen.

Seit den achtziger Jahren treibt die CDU mit Unterstützung der Grünen über die örtliche Baupolitik die soziale Entmischung in der Gemeinde Jesteburg voran. Baugrundstücke von 1.200 bis 2.000 Quadratmeter – in Jesteburger Bauplanungen üblich – können sich Normalverdiener nicht leisten. Ein familiengerechter Mietwohnungsbau findet praktisch nicht mehr statt. Zahlreiche Familien mussten Jesteburg bereits verlassen, weil keine bezahlbaren Wohnungen und kostengünstige Baugrundstücke zur Verfügung standen. Infolge der sozial unausgewogenen Baupolitik musste zuerst die Jesteburger Hauptschule mangels ausreichender Schülerzahlen ge-

schlossen werden. Die Außenstelle der Realschule Hittfeld am Sandbarg wurde ebenfalls aus demselben Grunde eingestellt.

Trotz der großen Euphorie bei der Neugründung der Jesteburger Oberschule wird auch dieser Versuch zum Scheitern verurteilt sein, wenn CDU und Grüne im Gemeinderat Jesteburg weiterhin die von der SPD geforderte, sozial ausgewogene Bau- und Siedlungspolitik für Familien aus allen gesellschaftlichen Schichten verhindern. Sobald die Integrierte Gesamtschule Hittfeld zum Schuljahresbeginn 2013/2014 ihren Betrieb aufnimmt, werden die Eltern aus Seevetal und Rosengarten ihre Kinder vermutlich dort – und nicht mehr in Jesteburg – einschulen. Wie jüngst zu lesen war, hat auch die Hanstedter Oberschule einen gymnasialen Zweig beantragt und wirbt offensiv mit den Stärken ihrer Schule (leistungsorientiertes Lernen und gute Schulabschlüsse), um die Hanstedter Schüler zurück zu gewinnen.

Wenn die Hanstedter Schüler wieder in ihrem Heimatort zur Schule gehen und nicht mehr zur Oberschule Jesteburg fahren, dürfte es für die Weiterführung der Jesteburger „Modellschule“ mangels ausreichender Schülerzahlen eng werden. Nicht nur der ehrenamtliche Einsatz der Jesteburger Schulinitiative wäre umsonst gewesen, auch die 10 Mio. Euro, die im Jesteburger Moor für den Neubau der Oberschule „vergraben“ werden sollen, wären verloren.

**Am 20. Januar
beide Kreuze
für die SPD**



Impressum: Herausgeber:
SPD-Ortsverein Jesteburg,
Birkenweg 13
Redaktion (verantwortlich):
C. Ziegert.
s.ziegert@spd-jesteburg.de

Auflage: 4.800
Druck: Druckerei Peter Jesteburg.

www.spd-jesteburg.de